Abbruch. Mitte dieser Woche erhofft sich die SPD Klarheit über die Absichten der Einheitspartei.

Diesen Termin hat der SPD-Unterhändler Fritz Stallberg seinen SED-Kontrahenten Paul Verner und Werner Lamberz für ein letztes Kontaktgespräch vorgeschlagen, dem dann vor dem „Schlagabtausch" (SPD-Führer Willy Brandt) nur noch Lokalinspektionen an den Schauplätzen folgen sollen.

Die Sozialdemokraten beharren nicht mehr darauf, daß West-Berlin Beratungsort sein muß. Auch Ost-Berlin ist ihnen genehm.

Stallberg: „Nur Berlin müßte es auf jeden Fall sein, damit die Verhandlungsdelegationen in der Mittagspause Gelegenheit haben, sich mit ihren Vorsitzenden zu besprechen." Denn: „Wir dürfen aus Zeitgründen beim nächstenmal nicht auseinandergehen, ohne völlige Klarheit zu haben."

Die Sozialdemokraten glauben Anhaltspunkte dafür zu haben, daß der Kreml und in seinem Gefolge die SED-Führung an dem Redner-Austausch nicht mehr interessiert ist:

- ▷ Sowjet-Diplomaten verrieten bei Cocktail-Partys und Empfängen ungeniert, der geplante Disput von Chemnitz und Hannover sei „unsinnig".
- ▷ Der Ost-Berliner Sowjet-Botschafter Abrassimow, der gelegentlich eines Empfangs im Schwedischen Generalkonsulat in West-Berlin mit Willy Brandt über den Dortmunder SPD-Parteitag sprach, äußerte sich betont abfällig über das Dialog-Projekt.
- ▷ Hartnäckig fordern die SED-Unterhändler, nicht in West-Berlin, sondern in Bonn mit der SPD über die technischen Bedingungen des Redner-Austausches zu sprechen.
- ▷ Die Agitatoren der Einheitspartei verbreiten mit Nachdruck die These, ihre Redner könnten nicht unter diskriminierenden Bedingungen in die Bundesrepublik reisen, da „freies Geleit" nur Verbrechern zugebilligt werde.

Das letzte Argument fand am Mittwoch und Donnerstag der vergangenen Woche in Bonn kräftige Nahrung.

In der Kabinettssitzung am vergangenen Mittwoch kritisierte Kanzler Ludwig Erhard die von der SPD beifällig aufgenommene Erklärung des Justizministers Richard Jaeger über „die befristete Freistellung (der SED-Redner) von der deutschen Gerichtsbarkeit". Erhard: „Das ist mir nicht profiliert genug."

Der Kanzler stellte die rhetorische Frage, ob es „für die Rechtsüberzeugung des Volkes zumutbar ist, einem einer schwerwiegenden strafbaren Handlung hinreichend oder sogar dringend Verdächtigen ... die Befreiung von der Gerichtsbarkeit zuzusichern".

In der Bundestags-Sitzung am letzten Donnerstag — in der das „Freigeleit"-Gesetz angenommen wurde — übertraf der CDU/CSU-Fraktionsjurist Ernst Benda noch die profilierten Sätze Erhards und nannte „die sowjetzonalen Machthaber" gleich zweimal „Mörder".



Deutschlandfunk-Kandidat **Krueger**
Bewerbung zurückgezogen

SPD-Stallberg unkte: „Das war für den Redner-Austausch wenig hilfreich." Die Sowjetzonen-Nachrichtenagentur ADN konstatierte am Donnerstagabend, die Verfasser des Freistellungsgesetzes hätten „offensichtlich nicht mehr alle Tassen im Schrank".

DEUTSCHLANDFUNK

Pensionär als Intendant

Sechs Wochen lang suchte der Vorsitzende des Deutschlandfunk-Verwaltungsrates, Franz Thedieck, einen neuen Intendanten für die Anstalt. Am Dienstagabend letzter Woche präsentierte er den Verwaltungsräten seinen Kandidaten: Franz Thedieck, 65.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates hatten sich im Haus der Berliner Landesvertretung in der Bonner Joachimstraße versammelt, um darüber zu beraten, wer dem bisherigen Intendanten, Gerhard Starke, im Amt nachfolgen solle. Der Rundfunkmann hatte um seine vorzeitige Entlassung aus dem Dienstverhältnis gebeten: Axel Springer will ihn zum Chefredakteur seines Repräsentationsblattes „Die Welt" machen.



Deutschlandfunk-Kandidat **Thedieck**
Sich selbst vorgeschlagen

Der Hausherr der Bonner Berlin-Vertretung — Bundessenator Klaus Schütz ist stellvertretender Vorsitzender des Deutschlandfunk-Verwaltungsrates — stärkte seine Gäste mit Kalbsbraten für die Nachricht, die Franz Thedieck ihnen zu überbringen gedachte.

Am Mittag desselben Tages hatten sich im Bundeshaus-Abgeordnetenzimmer des CDU-Vertriebenenministers Johann Baptist Gradl die Rundfunkexperten der Unionsparteien zu einer Vorbesprechung eingefunden. In kurzer Zeit war man sich darin einig, daß Thedieck — für die Weiterverwendung als Staatssekretär im Bundesdienst ist er nach den normalen Laufbahn-Vorschriften zu alt — für den Intendanten-Posten der Kölner Anstalt der geeignete Mann sei. Der Intendant wird auf sechs Jahre gewählt.

Thedieck hatte noch vor vier Wochen entschieden jegliches Ansinnen abgelehnt, für das Amt zu kandidieren, und war zu einer Italienreise aufgebrochen. Heimgekehrt und urlaubsgestärkt, fühlte der Pensionär sich den Intendanten-Aufgaben nunmehr gewachsen. Zum SPIEGEL sagte er: „Ich habe mein sehr intensives Sträuben aufgegeben, weil mir daran liegt, daß die Aufbauarbeit der Anstalt kontinuierlich fortgeführt wird."

Kontinuierlich fortgeführt wird mit der Benennung Thediecks zunächst die in letzter Zeit eingebürgerte Übung des Bonner Parteien-Establishments, die durch Bundesgesetz installierte und überwiegend von Bund und Parteien kontrollierte Anstalt des öffentlichen Rechts Deutschlandfunk, die auf Mittel- und Langwelle 20 Stunden täglich westdeutsche Propaganda in die DDR ausstrahlt, als intern beschickte Pfründe anzusehen. So lotsten die Parteien, nach vorheriger Absprache, unter anderen in die Kölner Anstalt:

- ▷ den langjährigen Sprecher des SPD-Parteivorstandes, Franz Barsig, als Leiter der Hauptabteilung „Aktuelles Programm" und als Stellvertretenden Intendanten;
- ▷ den langjährigen Sprecher der CSU-Landesgruppe in Bonn, Karl Donat, als Leiter des Bonner Büros.

Thedieck kann schon jetzt sicher sein, daß der Rundfunkrat ihn auf Vorschlag des Verwaltungsrates wählen wird*. Die Sozialdemokraten haben bereits entschieden, daß sie Thediecks Kandidatur unterstützen.

SPD-MdB Kurt Mattick, der dem Rundfunkrat vorsitzt, befand: „Die CDU hat das Vorschlagsrecht, einen anderen CDU-Kandidaten haben wir schon sehr hart abgelehnt. Ich werde meinen Freunden empfehlen, Thedieck zu wählen."

Der andere, sehr hart abgelehnte Kandidat war der jetzige Stellvertre-

* Der Intendant des Deutschlandfunks wird auf Vorschlag des siebenköpfigen Verwaltungsrates von den 22 Mitgliedern des Rundfunkrates gewählt. Ihm gehören Politiker und Beamte aus Bund und Ländern sowie Vertreter der Kirchen und der Sozialpartner an. Der CDU/CSU werden zwölf Rundfunkräte zugerechnet.

tende Leiter des Bundespresseamtes, Ministerialdirektor Werner Krueger. Er hat inzwischen seine Bewerbung zurückgezogen.

Das Nein der SPD zu Krueger fand bei vielen CDU-Rundfunkräten, die auf Krueger nicht gut zu sprechen sind, wohlwollendes Verständnis. Der Ministerialdirektor hat bei diesem Stand der Dinge vorerst Zeit gewonnen, den von ihm verwalteten Geheimfonds Titel 300 des Presseamtes in einen Zustand zu bringen, der es erlaubt, auch einen übelwollenden Nachfolger damit zu betrauen.

Gegen Thedieck haben sich bislang nur Einzelgänger ausgesprochen: So will der SPD-Abgeordnete Fritz Sänger gegen ihn stimmen. Der einstige dpa-Chefredakteur Sänger, der im Rundfunkrat nicht auf einem seiner Partei, sondern dem DGB zugerechneten Sessel sitzt, über Thedieck: „Einer der kältesten Krieger."

14 Jahre lang hatte Thedieck in enger Zusammenarbeit mit Adenauer und Globke als höchster Beamter das Gesamtdeutsche Ressort verwaltet. Seine über Rias gehaltenen Reden an die Bevölkerung in der DDR waren frei von jeder Anfechtung, aus den Änderungen des Ost-West-Verhältnisses Lehren zu ziehen. Er überdauerte drei Minister — Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und Rainer Barzel — bis ihn die Politik überdauert hat. Als Erich Mende 1963 das Gesamtdeutsche Ressort übernahm, trennte er sich sogleich von dem langjährigen Staatssekretär. Beide harmonierten weder politisch noch menschlich. Dann verwaltete Thedieck das Erbe seines früheren Herrn als Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildungsarbeit.

Wenige weinten ihm nach. Zu diesen wenigen gehörte der Bund der Vertriebenen, der ihm noch 1964 die „Ehrenplakette für hervorragende Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht" verlieh, und auch Bundespräsident Heinrich Lübke. Er hatte sich 1964 aus politischen Gründen lange hartnäckig gesträubt, Thediecks Entlassungsurkunde zu unterschreiben. Nunmehr kann der Bundespräsident, dem die Ernennung des Deutschlandfunk-Intendanten zusteht, seinen Gesinnungsfreund wieder in gesamtdeutsche Dienste einsetzen.

STREIK

Erfolg bei Wählern

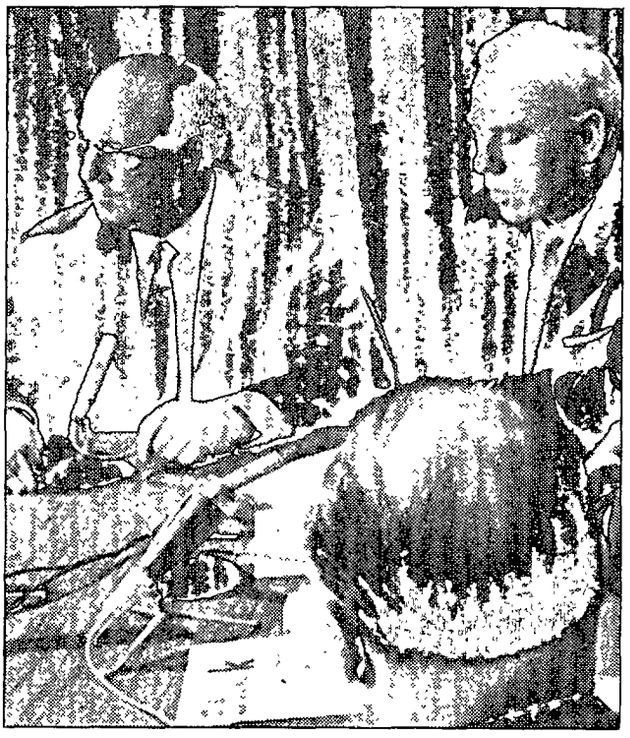
Plakate und Anzeigen verkündeten den Landtagswählern in Nordrhein-Westfalen seit Wochen „Meyers macht es", und er machte tatsächlich was: Zwölf Stunden vor dem für Donnerstag vergangener Woche um sechs Uhr angesetzten Bergarbeiterstreik schlichtete Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Dr. Franz Meyers den Tarifstreit. Die Kosten des Verfahrens trägt der Steuerzahler.

Ihre größte Hoffnung hatte die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie von Anbeginn auf die heranrückenden Landtagswahlen am 10. Juli gesetzt (SPIEGEL 26/1966). Und in letzter Stunde, wenn auch nicht in voller Höhe, ging die Rechnung auf.

Als Franz Meyers mit Arbeitsminister Grundmann und dem Minister für Bundesangelegenheiten, Lemmer, am Montagvormittag vergangener Woche in Bonn um Hilfe bat, zählte einzig noch die Politik. Der CDU-Wahlkämpfer von der Ruhr zwiebelte den Parteichef im Palais Schaumburg mit der Drohung: „Nur wer den Streik ausräumt, hat bei den Wählern Erfolg."

Meyers hatte auch bereits ausgerechnet, wieviel der CDU-Erfolg an Rhein und Ruhr kosten würde. Der Premier des Kohlenreviers schlug dem Kanzler vor: Pro Jahr sollten dem Bergbau 100 Millionen Mark aus der Bundeskasse und 50 Millionen Mark aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen bezahlt werden, um die höheren Löhne möglich zu machen.

Aber Erhard brauste auf: „Bei so was mache ich überhaupt nicht mit. Es ist doch ein tolles Stück, da werden mir vollendete Tatsachen präsentiert, und ich soll einfach zustimmen."



Streikschlichter **Meyers** (l)*: „Meyers macht es"

Auch auf der anschließenden Sitzung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU im Bundeshaus blieb Erhard dabei, die Bundesregierung solle sich nicht in den Tarifstreit einmischen. Er unterstützte damit Bundeswirtschaftsminister Schmücker, der während der Energiedebatte des Bundestages am 16. März erklärt hatte, wenn schon Subventionen fließen sollten, dann müßten sie zur Drosselung der Kohleförderung eingesetzt werden.

Schmückers Plan: Der Bund solle die Umsatzsteuer für den Bergbau von vier auf ein Prozent senken, das heißt den Zechen rund 140 Millionen Mark belassen, wenn sie dafur bei voller Lohnzahlung auf die sogenannten Nachholschichten verzichten würden. Bislang müssen die Bergleute jährlich elf Schichten, die auf gesetzliche Feiertage fallen, nachholen. Fielen sie aus, so wüchsen die Halden um jährlich 5.5 Millionen Tonnen Kohle weniger.

* Mit dem Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Walter Arendt.

Dem Unternehmensverband Ruhrbergbau jedoch lag an einer Subvention in bar und ohne einschneidende Bedingungen.

Da Ministerpräsident Meyers wußte, daß die Zechenherren keine andere Lösung akzeptieren würden, drang er am Montag zu später Stunde ein zweites Mal im Bonner Palais Schaumburg ein. Er gab zu bedenken, daß die Kohleherren den Streik sofort mit Aussperrungen auf den nicht bestreikten Zechen beantworten würden. Das wäre, so Meyers, „für die CDU sehr nachteilig".

Erhard bezweifelte, daß die nicht betroffenen Zechen Arbeiter aussperren würden, gab aber schließlich doch nach Der späte Gast schied mit der Zusage. Bonn werde während der nächsten zwei Jahre je 90 Millionen Mark Subventionen für den Bergbau zahlen, wenn Nordrhein-Westfalen je weitere 45 Millionen Mark beisteure. Wert des Steuerzahler-Geschenks für den Ruhrbergbau und die CDU: 270 Millionen Mark.

Dienstag mittag präsentierte Meyers das Bonner Angebot den Tarifpartnern, die sich im Haus des Ministerpräsidenten am Mannesmannufer in Düsseldorf versammelt hatten.

WahlkämpferMeyers verpaßte den Wahl-Auftritt Konrad Adenauers vor der Europahalle, so lange feilschte die schwarze Front um Prozente. Im Ausflugslokal „Mutter Wehner" in Oer-Erkenschwick berieten abends auch Willy Brandt und der SPD-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl, Heinz Kühn, mit dem Bergbau - Syndikus Theobald Keyser über das Bonner Angebot.

Auf der am Mittwochnachmittag erneut einberufenen Sitzung der Tarifpartner in Meyers Staatskanzlei schließlich brachten der nahende Streiktermin und die abendliche Tagesschau des Deutschen Fernsehens die streitenden Parteien in äußerste Zeitnot.

Zechen-Verbandschef Helmuth Burckhardt rechnete aus, die Staatshilfe lasse eine Lohnerhöhung um fünf Prozent zu. Der Chef der Bergarbeitergewerkschaft Walter Arendt, 41, aber maulte: „Dann gibt es Krach, denn die ÖTV hat gerade erst sechs Prozent bekommen." Burckhardt darauf: „Krach hat es bei uns im Vorstand heute morgen auch schon gegeben."

Um 18 Uhr erst konnte IG-Bergbau-Mitglied Franz Meyers — er ist seit einer Grubenfahrt in Kamp-Lintfort mit fünf Mark Monatsbeitrag bei Arendt organisiert — den Gewerkschaftschef überzeugen, daß mehr als fünf Prozent nicht herauszuholen seien. Der einstige Untertagemann Arendt tat kund: „So etwas Hartes wie Zechenunternehmer gibt es nicht noch mal" — und war einverstanden.

Das Ende kam rechtzeitig genug, um den Streik über das Fernsehen und